



Stellungnahme

des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages am 10. Juni 2026

Elke Hannack
Stellvertretende Vorsitzende

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt

Das andauernde wirtschaftliche Tief verschlechtert erheblich die Situation am Ausbildungsmarkt. Das zeigt der Berufsbildungsbericht 2026. Besonders für junge Menschen, die an einer Ausbildung interessiert sind, ist diese Verschlechterung spürbar.

5. Juni 2026

Zum Erhebungsschluss des letzten Jahres wurden bundesweit 476.000 duale Ausbildungsverträge neu abgeschlossen. Die sinkenden Zahlen abgeschlossener Verträge konterkarieren die stetig steigende Nachfrage der jungen Erwachsenen nach einer Ausbildung. So ist die Nachfrage der Jugendlichen nach einer Ausbildung im Vergleich zum Vorjahr erneut leicht auf 560.300 angestiegen. Obwohl die Nachfrage hoch ist, schrumpft das Ausbildungsangebot weiter. Beim Ausbildungsangebot, verzeichnet sich mit 530.335 registrierten Stellen ein Rückgang um Minus 25.330 Plätzen gegenüber dem Vorjahr.

**Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand**
Keithstraße 1
10787 Berlin

Kontaktpersonen:

Jan Krüger
Leiter der Abteilung
Bildungspolitik und Bildungsarbeit

Jan.Krueger@dgb.de
Telefon: +49 151 50252034

Der Berufsbildungsbericht 2026 zeigt außerdem, dass die Zahl der Ausbildungsbetriebe 2024 weiter gesunken ist und die Ausbildungsbetriebsquote nur noch 18,7 Prozent beträgt. Diese Entwicklung vollzieht sich nun bereits seit vielen Jahren. Insbesondere der eklatante Rückzug von kleinen und mittleren Unternehmen aus der Ausbildung verdient angesichts des anhaltenden Fachkräftebedarfs besondere Beachtung. Wir sehen an dieser Stelle die Betriebe in der Verantwortung, eine ausreichende Zahl von betrieblichen Ausbildungsplätzen bereitzustellen. Der Berufsbildungsbericht 2026 zeigt, dass von der Gesamtzahl ausbildungsberechtigter Betriebe ein schrumpfend kleiner Teil dieser Verantwortung nachkommt.

Das wirtschaftlich schwierige Umfeld und der anhaltende Strukturwandel in einigen Industriezweigen setzen der Ausbildung enorm zu. Bezogen auf einzelne Branchen und Industriezweige gibt es alarmierende Rückgänge bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. In den wichtigen Metallberufen wurden 2025 über 7.000 Verträge weniger abgeschlossen als 2019. Die angebotenen Plätze sind gegenüber 2024 um 8,6 Prozent gesunken. Auch in der Chemie- und Pharmaindustrie ist die Zahl der Ausbildungsplätze mit einem Minus von 13 Prozent stärker zurückgegangen als im Bundesdurchschnitt. Ein besonders starker Rückgang ist in den ostdeutschen Bundesländern zu verzeichnen. Mit einem Rückgang von 33 Prozent ist dort binnen eines Jahres ein Drittel der Ausbildungsplätze verloren gegangen. Auch in nahezu allen anderen Berufsfeldern zeigt sich ein Rückgang. Die Ausbildungsstrukturen dieser Branchen geraten durch freibleibende Kapazitäten unter Druck. Das schwächt die

Fachkräftesicherung genau dort, wo Produktion, Energiewende und Digitalisierung qualifizierte Facharbeiterinnen und Facharbeiter brauchen. Gerade der Abbau dieser qualitativ hochwertigen Ausbildungskapazitäten ist fatal für die regionale Fachkräfteversorgung.

In langfristiger Betrachtung dieser Zahlen, zeigt sich ein Muster, welches in früheren wirtschaftlichen Krisen bereits zu erkennen war: Die duale Ausbildung erfährt eine strukturelle Schwächung. Diese Entwicklung muss mit allen Mitteln verhindert werden.

Ausbildungslosigkeit bleibt ein strukturelles Problem

Bedenklich aus Sicht der DGB-Gewerkschaften ist, dass mit einer Einmündung von allen interessierten jungen Menschen lediglich 65 Prozent eine Ausbildung begonnen haben.

Die verschlechterte Situation am Ausbildungsmarkt für junge Menschen macht sich in der alarmierenden Anzahl von unversorgten Menschen bemerkbar. Dabei besteht – anders als häufig suggeriert – in nur wenigen Regionen Deutschlands ein auswahlfähiges oder auswahlreiches Angebot. Laut Berufsbildungsbericht 2026 erreichte die Zahl der unversorgten Menschen mit 39.900 einen Höchststand, dessen Niveau seit 2007 nicht mehr erreicht wurde.

Hinzu kommt, dass 262.200 junge Menschen in den sogenannten „Übergangssektor“ einmünden. Das ist aus gewerkschaftlicher Perspektive besonders kritisch einzuordnen. Obwohl viele dieser jungen Menschen eine vollqualifizierende Berufsausbildung beginnen könnten, stellt der Übergangssektor für viele eine andauernde Warteschleife in der einzelnen Berufsbildungskarriere dar. Die Folge dieser Ausbildungslosigkeit zeigt sich in der seit Jahren steigenden Zahl von jungen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren, die ohne Berufsabschluss bleiben. Laut Berufsbildungsbericht 2026 lag in dieser Gruppe die Zahl an Menschen ohne Ausbildung bei etwa 2,67 Millionen Menschen.

Im Berufsbildungsbericht 2026 werden ebenfalls die strukturellen Ungleichheiten im Zugang zur Ausbildung adressiert. So haben junge Menschen mit niedrigem Schulabschluss sowie Menschen mit Behinderung nach wie vor Barrieren in der dualen Ausbildung. Ebenfalls zeigt sich, dass junge Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, im Vergleich zu anderen Bewerberinnen und Bewerbern eine erheblich geringere Chance haben, in eine Ausbildung einzumünden. Auch Frauen sind noch in der dualen Ausbildung unterrepräsentiert.

Maßnahmen für eine Stärkung der beruflichen Bildung für alle Menschen

1. Aktionsprogramm für mehr Ausbildung auflegen

Aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften ist ein Aktionsprogramm notwendig, welches einerseits bereits bestehende Ausbildungsplätze sichert sowie neue erschließt und andererseits unversorgten jungen Menschen einen Weg in die vollqualifizierende Ausbildung ermöglicht. Das umfasst sowohl die Förderung der überbetrieblichen Ausbildung als auch die Verbundausbildung. Ziel dieses Programms muss es sein, Kooperationen zwischen Betrieben zu ermöglichen und das regionale Ausbildungsangebot zu verbessern.

Aus Sicht des DGB ist es außerdem erforderlich, die **Ausbildungsgarantie** so weiterzuentwickeln, dass alle jungen Menschen regional und niedrigschwellig wirksam davon profitieren. Mit Blick auf die aktuelle Marktlage besteht hier Handlungsbedarf. Flankierende Unterstützungsleistungen bei Mobilität und Wohnen sind wichtige Bausteine, reichen aber angesichts der aktuellen Marktlage nicht aus. Der bestehende Rechtsanspruch auf eine außerbetriebliche Ausbildung gilt bisher nur in bestimmten Regionen und muss ausgeweitet werden.

Zudem plädieren wir für die Einrichtung eines **Zukunftsfonds für die duale Ausbildung**. Dies nimmt Betriebe, die sich nicht an der Ausbildung beteiligen, bei der Finanzierung notwendiger Maßnahmen in die Verantwortung. Die Mittel können zur Finanzierung von betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen sowie bei Ausbildungsverbänden und überbetrieblichen Ausbildungsplätzen verwendet werden. Das stärkt die duale Ausbildungsstruktur in Deutschland in ihrer Substanz.

2. Jugendberufsagenturen ausbauen

Der Übergang zwischen Schule und Beruf ist entscheidend, um jungen Menschen eine sichere berufliche Perspektive und die Chance auf einen Berufsabschluss zu bieten. Ziel muss es sein, junge Menschen individuell zu unterstützen, die Besetzung der betrieblichen Ausbildungsplatzangebote voranzutreiben und niemanden an den Schwellen zwischen Schule und Beruf zu verlieren. Eine Schlüsselrolle dafür spielen die bundesweit 366 **Jugendberufsagenturen**. Nicht alle bieten für junge Menschen Beratung, Unterstützung und Vermittlung aus einer Hand an. Sie müssen dringend finanziell und personell gestärkt werden, um überall zu zentralen Anlaufstellen für alle jungen Menschen zu werden. Damit niemand mehr an der Schwelle zwischen Schule und Beruf verloren geht, müssen die Möglichkeiten des Datenaustauschs zwischen Schulen und Agenturen für Arbeit tatsächlich und intensiv genutzt werden. Maßnahmen am Übergang zwischen Schule und Beruf, die nicht zu einem Berufsabschluss führen, müssen auf den Prüfstand. Schon jetzt könnten rund zwei Drittel der Jugendlichen eine Ausbildung aufnehmen, wenn sie dabei mehr Unterstützung bekommen würden. Für viele junge Menschen werden diese Maßnahmen aber zur jahrelangen Warteschleife, ohne das am Ende ein Berufsabschluss steht.

3. Nachholen eines Berufsabschlusses fördern

Umschulungen, zweite Ausbildung oder Prüfungsvorbereitungskurse müssen stärker genutzt werden, damit auch (junge) Erwachsene einen Berufsabschluss nachholen oder sich beruflich neu orientieren können. Beides sind bereits etablierte, gute Förderinstrumente. Arbeitsagenturen und Jobcenter müssen diese Instrumente stärker nutzen. Um das Risiko möglicher Abbrüche durch die längere Dauer der Maßnahmen zu reduzieren, muss die Verzahnung von Sprach- und Weiterbildungsförderung sowie durch Lernprozessbegleitung intensiviert werden.

Teilqualifikationen (TQ) ermöglichen das Nachholen des Berufsabschlusses in Teilschritten und sind **für Menschen über 25 Jahren** interessant, die sich aufgrund individueller Lebenslagen oder betrieblicher Umstände nicht auf eine längere Weiterbildung einlassen (können). Bislang werden TQ aber nicht abschlussorientiert gefördert und umgesetzt, obwohl die Anbieter damit werben. Deshalb muss die Förderung von gering qualifizierten Erwachsenen über 25 Jahren mit TQ zukünftig verbindlich am Ziel des Erwerbs eines Berufsabschlusses ausgerichtet werden. Arbeitsagenturen und Jobcenter müssen bei der Umsetzung deutlich darauf orientiert werden.

Mit der Einführung von **Validierungsverfahren** erhalten Beschäftigte ohne Berufsabschluss endlich die Chance, ihre beruflich erworbenen Kompetenzen sichtbar zu machen und anerkennen zu lassen. Diese neue Möglichkeit muss genutzt werden, um den Zugang zu nachträglichen Berufsabschlüssen zu erleichtern. Ohne eine Förderung der Validierungsverfahren und -kosten wird der Nutzen für die Zielgruppe in der Realität überschaubar bleiben. Der DGB fordert deshalb die zügige Einführung einer **Validierungsförderung**. Die tatsächlichen Kosten des Anerkennungsverfahrens und mögliche Bedarfe der Nachqualifizierung müssen Teil dieser Förderung sein, damit keine finanziellen Hürden bei der Inanspruchnahme bestehen.

4. Grundbildung stärken

Millionen Menschen fehlt es an der notwendigen Grundbildung, um am gesellschaftlichen Leben und im Beruf umfassend teilhaben zu können. Damit fehlen ihnen häufig auch die Grundlagen für das erfolgreiche Absolvieren von Weiterbildungsangeboten, die zu einem Berufsabschluss führen. In der **Nationalen Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung** der Bundesregierung sind in den letzten Jahren dazu Maßnahmen und Angebote entwickelt worden. Ohne eine Weiterentwicklung und einen nahtlosen Anschluss nach 2026 drohen diese Angebote eingestellt zu werden. Es ist daher notwendig, dass die Dekade fortgeführt wird.